



20. Dezember 2017

## **„In höchstem Maße unsozial“ - Deutsche Polizeigewerkschaft kritisiert Pläne zur Zentralisierung der Anzeigenaufnahme**

Die Deutsche Polizeigewerkschaft Bremen (DPoIG) kritisiert die Pläne der Polizeiführung für die Einführung der zentralisierten Anzeigenaufnahme. In einer Mitarbeiterinformation hatte die Behörde mitgeteilt, am geplanten Termin (01.04.2018) auch dann festzuhalten, wenn „notwendige Bau- und Anpassungsmaßnahmen“ dann „noch nicht abgeschlossen sein sollten.“

„Das unbedingte Festhalten am geplanten Termin, auch wenn erforderliche Maßnahmen noch nicht abgeschlossen sein sollten, ist in höchstem Maße unsozial,“ sagt dazu Jörn Schulze, Landesvorsitzender der Gewerkschaft. Schon jetzt würden an einzelnen Standorten die Kapazitäten nicht ausreichen: „Zu kleine Büros, zu wenig Computer, an mindestens einem Standort werden zeitweise zwei Anzeigen gleichzeitig in einem Raum aufgenommen. Diese Zustände müssen geändert werden, bevor es zu organisatorischen Neuerungen kommt! Kein Unternehmen würde seinen Kunden und Mitarbeitern so etwas zumuten.“

Schulze erläutert, dass mit der Zentralisierung auch Mitarbeiter an die jeweiligen Standorte wechseln müssten: „Die brauchen doch Platz!“ Beispiel Walle: Die Wache war 1999 für ungefähr 60 Mitarbeiter geplant worden. Bei der Polizeireform 2005 wurde auf die neuen Raumbedarfe nicht reagiert, der Standort musste aber erheblich mehr Personal aufnehmen. „Jetzt wächst der Standort wieder, aber er wird auch noch enger, weil wieder Personal konzentriert wird,“ sagt Schulze.

Er beschreibt die Zustände dort als „jetzt schon katastrophal: Es gibt zwei Büros mit vier Arbeitsplätzen für die Anzeigenaufnahme. Einer der Räume verfügt weder über Tageslicht, noch über Frischluftzufuhr, weil er keine Fenster hat, der andere Raum hat zwar Fenster, ist aber für zwei Arbeitsplätze viel zu klein dimensioniert – trotzdem quetschen sich zwei Mitarbeiter und gelegentlich zwei Anzeigende gleichzeitig hinein.“

Auch der Datenschutz ist Schulze wichtig: „Wer möchte schon, dass bei der Anzeigenerstattung jemand Fremdes mithören kann? Vielleicht auch noch, wenn es beispielsweise um die Verletzung von Persönlichkeitsrechten oder gar die sexuelle Selbstbestimmung geht!? Niemand will das, und schon allein aus diesem Grund muss gewährleistet sein, dass mit dem Start der zentralisierten Anzeigenaufnahme restlos alle Voraussetzungen geschaffen sind, um Mitarbeitern und Bürgern sozial und datenschutzrechtlich einwandfreie Bedingungen zu bieten,“ zieht Schulze sein Fazit.